

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9036/39
Telex: 888846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB zum Bonner Schweigen zum militärischen Atomprogramm Brasiliens, das mit deutscher Hilfe entwickelt wird: Notfalls Parlamentsgremien einberufen!

Seite 1

Günther Heyenn MdB zum Umgang des Arbeitsministers mit der notwendigen Arbeitsförderung: Norbert Blüm baut fleißig ab.

Seite 3

Dr. Jürgen Schmude MdB zur Lage der Christen in der DDR: Kraft und Zuversicht nicht verloren.

Seite 4

Josef Vosen MdB zur politischen Bedeutung einer systemübergreifenden Kooperation im All: Mit Moskau im Weltraum friedlich zusammenarbeiten.

Seite 6

44. Jahrgang / 136

19. Juli 1989

Notfalls Parlamentsgremien einberufen!

Zum Bonner Schweigen zum militärischen Atomprogramm Brasiliens, das mit deutscher Hilfe entwickelt wird

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Seit dem letzten Wochenende ist der durch einschlägige Dokumente erhärtete Vorwurf auf dem Tisch,

- daß die Bundesregierung weiter den Export atomarer Technologien nach Brasilien zuläßt, obwohl Brasilien ein militärisches Atomprogramm verfolgt und vertragswidrig gelieferte Atomtechnologie der internationalen Kontrolle entzogen hat und
- daß die Bundesregierung durch Weiterführung ihres Technologie-Exports nach Brasilien den Atomwaffenvertrag verletzt.

Doch die Bundesregierung spielt den Ahnungslosen und versucht, sich durch Schweigen der offenkundigen Mitverantwortung

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Reinigtiger Umgang
mit verschlissenen Rollen
Reinigt-Papier



tung an der brasilianischen Atomrüstung zu entziehen. Sie tut dies, obwohl ein sofortiger Handlungsbedarf besteht: das Mindeste, was von der Bundesregierung verlangt wird, ist eine unverzügliche Rücknahme erteilter Exportgenehmigungen und ein Stop des gesamten Exports solcher Atomtechnologien, mit denen Atomwaffen hergestellt werden können - also den Technologien zur Urananreicherung und zur Wiederaufarbeitung atomarer Brennelemente.

Besonders auffällig ist, daß sich nur der Wirtschaftsminister in Schweigen hüllt, sondern auch Außenminister Genscher, obwohl bei einer Atomwaffenrüstung Brasiliens mit Hilfe deutscher Technologie

- die Abrüstungspolitische Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik auf dem Spiel steht und
- eine Erosion des Atomwaffensperrvertrages droht, weil die Bundesregierung egoistische kommerzielle Interessen über die Belange der internationalen Sicherheit stellt.

Wenn die Bundesregierung weiter versucht, sich durch Schweigen aus der Mitverantwortung zu ziehen, wird eine Einberufung parlamentarischer Gremien noch in der Sommerpause unausweichlich. Es wird notwendig sein, zumindest die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses und des Wirtschaftsausschusses des Bundestages zu verlangen, wenn die Bundesregierung nicht von sich aus in der Lage ist, den Export von unkontrollierten Atomwaffenmaterialien nach Brasilien zu stoppen.

(-/19.7.1989/va-he/rs)

Norbert Blüm baut fleißig ab

Zum Umgang des Arbeitsministers mit der notwendigen Arbeitsförderung

Von Günther Heyenn MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Man hört es täglich und es ist wahr: Zur Vorbereitung auf den europäischen Binnenmarkt muß der wichtigste Standortvorteil der Bundesrepublik Deutschland, der hohe Ausbildungsstand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gefestigt und ausgebaut werden.

Tatsächlich wird die Arbeitsförderung immer stärker abgebaut. Im ersten Halbjahr 1989 sind die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für

berufliche Fortbildung	um 16,9 Prozent
berufliche Umschulung	um 8,9 Prozent
Einarbeitungszuschüsse	um 26,2 Prozent
Förderung der Arbeitsaufnahme	um 43,0 Prozent

zurückgegangen.

Die personelle Bilanz sieht verheerend aus. Die von der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten Eintritte in Bildungsmaßnahmen haben von Januar bis Juni 1989 (im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres) um 30,5 Prozent abgenommen. Dabei gingen die Eintritte

in Fortbildung	um 24,0 Prozent
in Umschulung	um 19,4 Prozent
in Einarbeitung	um 32,3 Prozent

zurück.

Diesen Kahlschlag haben Bundesregierung und Koalitionsfraktionen mit der 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes produziert - gegen die ausdrückliche Warnung der SPD und aller Experten, die der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages angehört hatte.

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind ebenfalls stark rückläufig. Im ersten Halbjahr 1989 ist die Zahl in AB-Maßnahmen vermittelter Personen von 75.200 auf 58.100 zurückgegangen. Bei den Bestandszahlen dauert es etwas länger, bis das ganze Ausmaß des Abbaus deutlich sichtbar wird. Schon heute wird aber von der Bundesanstalt für Arbeit ausgewiesen, daß die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in AB-Maßnahmen im ersten Halbjahr 1989 um 12.400 zurückgegangen ist, Ende Juni wurde der Vorjahresstand schon um über 21.000 unterschritten.

Der Bundesarbeitsminister hat lange - blumenreich wie es so seine Art ist - von einer Qualifizierungsoffensive geredet, getan hat er aber das genaue Gegenteil. Was heute versäumt wird, muß sich bitter rächen. Die Zeit guter Konjunktur nicht für aktive Arbeitsmarktpolitik zu nutzen, ist töricht und dumm. Hinzu kommt: Der massenweise Abbau von Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen läßt die Langzeitarbeitslosigkeit zusätzlich ansteigen. Mit dem Programm der Bundesregierung wird nur geringfügig gegengesteuert, in diesem Jahr mit circa fünf Prozent der abkassierten Mittel. Von der „sozialen Verantwortung“, von der die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem eigenen Programm so gerne redet, kann tatsächlich keine Rede sein.

(-/19.7.1989/vo-he/rs)

* * *

Kraft und Zuversicht nicht verloren

Zur Lage der Christen in der DDR

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Der „Kongreß und Kirchentag“ hat Anfang Juli in Leipzig die Lebenskraft des christlichen Glaubens und der Kirche in der DDR eindrucksvoll sichtbar gemacht. Viele tausend Menschen, bei der Schlußveranstaltung sogar etwa 50.000, sind zusammengelassen, um über aktuelle Fragen christlicher Existenz gemeinsam zu beraten, sich öffentlich als Christ zu bekennen und sich durch Andachten und Gottesdienste stärken zu lassen.

Wer die Teilnehmerzahlen mit denen des diesjährigen Evangelischen Kirchentages in Berlin (West) vergleicht, mag berücksichtigen, daß es sich in Leipzig nur um ein regionales Treffen vor allem einer Landeskirche gehandelt hat. Und natürlich haben die in der DDR bestehenden besonderen Bedingungen für kirchliche Großveranstaltungen - trotz mancher organisatorischen Hilfen staatlicher Instanzen - ihre Wirkung gehabt.

Die Aufmerksamkeit westlicher Betrachter und Berichterstatter hat sich auch in Leipzig wieder stark auf politische Gesichtspunkte des Treffens konzentriert. Das besondere Interesse an Kritik und Protest gegen die politischen Verhältnisse ist verständlich.

Aber dabei sollte beachtet werden, daß die Kirche in der DDR so wenig wie in der Bundesrepublik die Rolle einer politischen Gruppe oder gar Opposition hat und haben will. So wäre es verfehlt, Bischöfe und andere Verantwortungsträger in der Kirche daran zu messen, wie deutlich und umfassend sie politische Kritik üben. Daß sie sich diese nicht verwehren lassen, konnte man in Leipzig ständig erleben. Bischof Fork aus Berlin bekräftigte im öffentlichen Frageforum am Sonntag vormittag ebenso den Verkündigungsauftrag der Kirche wie die daraus folgende Verantwortung in Politik und Gesellschaft. „Jesus Christus... ist... Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben“, zitierte er die Barmer Theologische Erklärung von 1934 zur Abwehr der Meinung, die Kirche solle sich aus bestimmten Bereichen völlig heraushalten. In der Tat: Eine „nur fromme“ oder gar noch dem Staat beifallspendende Kirche wünschen alle Staatsführungen. Kirche, die ihren Auftrag ernst nimmt, muß solche Erwartungen überall enttäuschen.

In der DDR sieht sich die Kirche mit der Aufgabe belastet, Bedrängten und Resignierenden Zuspruch und Fürsprache zu gewähren. Dabei haben die Nöte vor allem politische Ursachen. Die Kirche entzieht sich dieser Last nicht, sondern stellt sich ihr mit klarer Sprache nicht nur in der Richtung, die die Hilfesuchenden wünschen. Appelle gegen die Resignation, Ermutigungen zu Hoffnung und Zuversicht prägten alle Veranstaltungen des Leipziger Kirchentages. Und immer wieder riefen führende Kirchenleute nachdrücklich dazu auf, das Land nicht zu verlassen, sondern zu bleiben und sich den dortigen Aufgaben zu stellen. Von schmerzhaften Lücken war die Rede, die Ausreisende hinterlassen, von der Entmutigung anderer, die aushalten wollen. Und auch von der Verunsicherung der Christen. „Was ist mit unserem Christsein los, wenn andere ausreisen, weil sie hier nicht Christ sein können“, fragte der frühere Berliner Bischof Schönherr besorgt.

So war der Kirchentag von vornherein darauf angelegt, daß beides zum Ausdruck kam: die Besinnung auf die Grundlagen des Glaubens und die Konsequenzen für das Handeln in Politik und Gesellschaft. Westliche Darstellungen, die in Leipzig Verantwortlichen hätten es auf einen nur frommen und konfliktlosen Kirchentag angelegt, treffen nicht zu.

Verständnis sollte man dafür haben, daß die Organisatoren auch dieses kirchlichen Treffens sich darüber klar werden mußten und wollten, welche Gruppen an der Mitgestaltung beteiligt werden sollten und welche nicht. Daß es dabei Meinungsverschiedenheiten gegeben hat, ist nichts Ungewöhnliches. Im Westen sollte man diese Diskussion zur Kenntnis nehmen, die Rolle des Schlichters oder Ratgebers aber meiden.

Beachtung verdienen das Befremden und die Enttäuschung bei einer Reihe kirchlicher Verantwortungsträger in der DDR über die selektive Berichterstattung westlicher Medien. Das bekannte Problem, wie kirchliche Veranstaltungen der Allgemeinheit vermittelt werden sollen, stellte sich auch in Leipzig. Und dabei kam dann heraus, daß in Funk und Fernsehen die ausgedehnten Veranstaltungsabschnitte mit vorwiegend kirchlicher Prägung nur knapp erwähnt wurden, während politische Äußerungen und Aktionen breite Darstellung fanden, auch wenn sie am Ort manchmal nur Randereignisse waren. Die Enttäuschung von Kirchentagsteilnehmern, die im West-Fernsehen ein ganz anderes Bild wiederfanden, als sie es selbst erlebt hatten, kann man verstehen. Und da dieses Medienbild - bei fast völliger Enthaltbarkeit der DDR-Funkmedien - die hauptsächliche Informationsquelle der Staats- und Parteifunktionäre über den Kirchentag ist, sind Auswirkungen davon auf die weitere Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat vorstellbar.

Kritische Anfragen nur an die berichtenden Journalisten aus der Bundesrepublik wären allerdings unzureichend. Das Arbeitsklima für Medienvertreter aus dem Westen in der DDR ist seit langem notleidend. Vom Staat erleben sie eine Vielfalt an Beschränkungen, Geringschätzung, Informationsverweigerung und zuweilen auch jenes rabiate Vorgehen der Sicherheitsorgane, das eindeutig gegen die zwischen beiden Staaten getroffenen Absprachen verstößt. Von Offenheit und Vertrauen im Zusammenwirken mit westlichen Medien kann aber auch bei vielen Kirchenvertretern in der DDR nicht die Rede sein.

Befremdet durch eine Berichterstattung, die sie immer wieder als unangemessen empfinden und deren schädliche Folgen ihnen zu schaffen machen, halten sich führende Kirchenleute in der DDR bei Anfragen oder Interviewwünschen von Journalisten aus der Bundesrepublik lieber zurück. Eine Klärung und Verbesserung dieses Verhältnisses ist sehr wünschenswert. Sonst läßt sich die wichtige Aufgabe der öffentlichen Berichterstattung weiterhin nur unzureichend erfüllen. Nicht Minderung, sondern Verstärkung des Ärgers und der wechselseitigen Enttäuschungen ist unter solchen Umständen zu befürchten.

Für die vielen Teilnehmer aus der Bundesrepublik und Berlin (West) war der Leipziger Kirchentag ein großartiges Erlebnis der Stärkung ihres Glaubens und der Bekräftigung ihrer Gemeinschaft mit den Christen in der DDR. Erneut hat sich gezeigt, daß die Kirchen in der DDR und ihre Leitungspersonen Respekt und Vertrauen bei uns verdienen. Es ist ihr persönliches Format, das zu solcher positiven Einschätzung führt, es ist aber vor allem die Tatsache, daß sie als Kirchenleute sichtbar und überzeugend bei der kirchlichen Sache bleiben. (-/19.7.1989/vo-he/rs)

* * *

Mit Moskau im Weltraum friedlich zusammenarbeiten

Zur politischen Bedeutung einer systemübergreifenden Kooperation im All

Von Josef Vosen MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages

Nachdem vor einigen Tagen ein Vertrag zwischen der US-Raumfahrtbehörde NASA und Bundesforschungsminister Riesenhuber über einen weiteren Weltraumflug mit dem Weltraumlabor Spacelab (D-2-Mission) und damit verbundenen Kosten von 780 Millionen DM abgeschlossen wurde, ist eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion mehr als sinnvoll.

Die Sowjetunion bietet der Bundesregierung einen gemeinsamen Raumflug mit der Raumstation MIR an und erwartet hierzu eine Kostenbeteiligung von 21 Millionen DM. Vergleicht man diese Kosten mit den vertraglich zugesicherten Kosten für die mit den Amerikanern vorgesehenen Experimenten, so sind die Forderungen der Sowjetunion mehr als bescheiden.

Die politische Bedeutung einer solchen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums ist nicht hoch genug einzuschätzen, wobei jedoch der wissenschaftliche Wert der bereits im Detail ausgehandelten Experimente ebenfalls als hoch bezeichnet werden kann.

Es scheint, daß die Bundesregierung und Bundesforschungsminister Riesenhuber bei der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten die Geldfrage als zweitrangig ansehen, während sie bei der Sowjetunion die geringfügige Forderung als Hinderungsgrund vorschieben.

Dieses „Mit zweierlei Maß messen“ dient in der gegenwärtigen politischen Situation nicht den Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

(-/19.7.1989/vo-he/rs)

* * *